

# Indien

## Zur jüngsten politischen Entwicklung \*

### Indira Gandhi wegen Wahlkampfkorruption verurteilt

12.6.75

Ein Gericht in Allahabad (Uttar Pradesh) verurteilt nach einem fast vierjährigen Prozeß die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi wegen korrupter Praktiken bei den Unterhauswahlen im Jahre 1971. Sie wird für schuldig befunden, lokale Beamte der Landesregierung von Uttar Pradesh zu ihrer Unterstützung während des Wahlkampfes eingesetzt zu haben. Außerdem habe sie, so das Gericht, einen hohen Regierungsbeamten, ihren Berater Yashpal Kapoor, als persönlichen Wahlkampfleiter in ihrem Wahlkreis beschäftigt, obwohl die Anstellung von Beamten zu persönlichen Zwecken nach den indischen Wahlgesetzen strengstens verboten sei. Aufgrund dieser beiden Punkte erklärt das Gericht, die Wahl Indira Gandhis ins indische Parlament (Lok Sabha) sei ungültig, und, viel schlimmer, sie dürfe sich für die Dauer von sechs Jahren in kein öffentliches Amt mehr wählen lassen. Damit muß Indira Gandhi ihr Amt als Ministerpräsidentin, das sie schon seit 1966 bekleidet, niederlegen, sobald das Urteil Rechtskraft erlangt. Der Gerichtsvorsitzende Jagmohan Lal Sinha gesteht der Angeklagten das Recht zu, binnen einer 20-Tage-Frist Berufung gegen das Urteil beim Obersten Gericht in Delhi einzulegen.

Noch am selben Tag konferiert Frau Gandhi mit Rechtsexperten und führenden Mitgliedern ihrer Partei und gibt bekannt, daß sie auf keinen Fall zurücktreten, sondern umgehend ein Revisionsverfahren beim zuständigen Obersten Gericht in Delhi beantragen werde.

Das Verfahren gegen Indira Gandhi war von Raj Narain, dem Führer der sozialistischen Partei (SSP) (1) angestrengt worden. Narain war während der Unterhauswahlen 1971 der Hauptgegner Indira Gandhis in ihrem Wahlkreis Rae Bareilly. (Rae Bareilly ist ein Distrikt und liegt zwischen Lucknow und Allahabad). Indira Gandhi errang damals mit 183309 Stimmen einen haushohen Sieg über Narain, der nur 71499 Stimmen erhielt. (FEER, 27.7.75)

Nach der Wahl, im April 1971, ging Narain vor Gericht. Er beschuldigte Frau Gandhi unter vielem anderem, einen Regierungsbeamten als Wahlkampfleiter und mehrere lokale Beamte der Landesregierung für ihre Zwecke eingesetzt, religiöse Motive (die heilige Kuh mit ihrem Kalb) als Wahlsymbol mißbraucht (2), staatliche Transportmittel, darunter Flugzeuge und Helikopter der indischen Luftwaffe, und mehr als die offiziell erlaubten 35000 Rupien (ca. 11500 DM) an Wahlkampfgeldern verwendet zu haben. Und all dies, obwohl derlei Prakti-

ken nach den indischen Wahlgesetzen strengstens verboten seien. Das Gericht in Allahabad erkannte dann Frau Gandhi der beiden erstgenannten Anklagen schuldig, sprach sie aber gleichzeitig von allen anderen gegen sie erhobenen Beschuldigungen frei.

Unmittelbar nach der Verkündung des Urteils fordern mehrere Oppositionspolitiker den sofortigen Rücktritt der Ministerpräsidentin. Auch einige Mitglieder der regierenden Congress-Party schließen sich dieser Forderung an.

Das Urteil stellt, zumindest für indische Verhältnisse, eine kleine Sensation dar. Selbst erbitterteste Gegner der Ministerpräsidentin räumen ein, die Entscheidung des Gerichts sei für sie sehr überraschend gekommen. Allgemein hatte man angenommen, daß das Verfahren ohne einen Schuldspruch gegen Indira Gandhi enden würde. Denn in Indien ist es gang und gäbe, sich korrupter Praktiken im Wahlkampf zu bedienen. Stimmenkauf, sei es ganzer Gruppen oder einzelner Wähler, Annahme großer Schmiergelder von der Großindustrie und selbst von Schwarzmarktkönigen (3), die Verwendung staatlicher Mittel (Beamte, Flugzeuge etc.), dies sind nur einige der illegalen Methoden, denen sich ein indischer Politiker bedient, ja, bedienen muß, wenn er nicht von vornherein wegen der immensen Wahlkampfkosten auf die Möglichkeit seiner Wahl ins Parlament verzichten möchte. Die Wahlerfolge der Congress-Party, die Indien seit 28 Jahren regiert, beruhen zu einem nicht geringen Teil auf dem massiven Einsatz dieser Mittel. (4) Angesichts dieser allgemeinen Praxis erscheinen die beiden Vergehen Indira Gandhis: Einsetzung von lokalen Beamten und eines Regierungsbeamten, als Kavaliersdelikte, zumal der seinerzeit überwältigende Wahlsieg Frau Gandhis über ihren Gegenkandidaten Narain nie in Frage gestellt war – auch bei einem absolut fairen Wahlkampf. In diesem Sinne schreibt denn auch die Londoner „Times“, der nicht ganz saubere Wahlkampf der Premierministerin hätte ihr in England nur einen richterlichen Verweis eingebracht. Der hier gezogene Vergleich mit England besitzt insofern eine gewisse Relevanz, als die indische Staatsform sich sehr stark an die englische anlehnt.

### Schwere Wahlniederlage der Congress-Party

13.6.75

Einen Tag nach ihrer Verurteilung durch das Oberlandesgericht in Allahabad erleidet Indira Gandhi und ihre Congress-Party eine weitere schwere Niederlage: Bei den Landtagswahlen im Bundesstaat Gujerat wird die Congress-Party vernichtend geschlagen und erhält nur 75 der ins-

gesamt 182 Parlamentssitze. Dagegen erringt die oppositionelle „Janata Front“ (deutsch: Volksfront), eine rechtsstehende Koalition der nicht-kommunistischen Oppositionsparteien, 86 Sitze, die neue Partei des ehemaligen Chefministers von Gujerat, Chimanbhai Patel, 13 Sitze. Die restlichen 8 Mandate fallen an unabhängige Kandidaten. Die kommunistische Partei Indiens (CPI), die Kommunistische Partei Indiens/Marxisten (CPM) und die Moslem-Liga gehen bei der Wahl leer aus. Zwar hat keine der Parteien die absolute Mehrheit (92 Sitze) errungen, doch die „Janata Front“ will als stärkste Partei die neue Landesregierung stellen (FEER, 27.7.75).

Bis 1974 hatte die Congress-Party 139 von insgesamt 167 Sitzen im alten Parlament inne, also eine erdrückende Vier-Fünftel-Mehrheit mit der sie spielend alle von ihr im Wahljahr 1972 groß angekündigten Maßnahmen zur Beseitigung der Armut im Parlament hätte durchsetzen können. Doch die Regierung unter Chefminister C. Patel, ein enger Verbündeter Indira Gandhis, verstrickte sich in interne Machtkämpfe. Die Korruption wuchs immer stärker an. Obwohl Gujerat in den letzten drei Jahren unter einer verheerenden Hungersnot zu leiden hat, war die Regierung nicht in der Lage, auch nur die dringendsten Probleme des Landes zu lösen. Dann brach im letzten Jahr ein von Studenten angeführter Aufstand los, der die korrupte Landesregierung zum Rücktritt zwang. Gujerat wurde direkt der Zentralregierung in Delhi unterstellt, der Aufstand mit regulären Truppen und paramilitärischen Verbänden niedergeschlagen. Dabei gab es 85 Tote und unzählige Verletzte (Asian Survey, Vol. 15 Nr. 2, Februar 75, S. 85 ff.).

Im April dieses Jahres erzwang der 79-jährige Morarji Desai, ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister Indira Gandhis, durch einen Hungerstreik bis zum Tode Neuwahlen (SZ, 15.4.75). Desai gehört dem „Alten Kongress“ (Congress-O) an, der sich 1969 als konservative Fraktion von dem jetzt regierenden Kongress (Congress-R) unter Indira Gandhi abspaltete. Dieser alte „Kongress“ stellt nun die stärkste Gruppe (59 Sitze) innerhalb der siegreichen „Janata Front“ und wird von dem alten Desai geführt (SZ, 14.6.75). Vor diesem Hintergrund erscheint die schwere Wahlniederlage der Congress-Party zugleich als eine persönliche Schlappe Indira Gandhis, war sie es doch, die damals 1969 die konservative Fraktion („Syndikat der alten Männer“) aus ihrer Partei drängte. Hinzu kommt noch, daß sie den Wahlkampf mit größtem persönlichen Einsatz geführt hatte, um der Herausforderung der Oppositionskoalition zu begegnen. (Laut einer Meldung des „Spiegel“ vom 16.6.75 hat sie trotz brütender Hitze innerhalb elf Tage 139 Wahlversammlungen abgehalten und dabei 135 000 km zu-

rückgelegt.)

Gleichwohl wäre es verfehlt, das Ergebnis dieser Landtagswahlen als Ausdruck einer in ganz Indien bestehenden Anti-Indira Gandhi-Stimmung zu interpretieren. Sicher, die nach ihrem glänzenden Wahlsieg im Jahre 1971 unwahrscheinlich große Popularität ist stark gesunken, und selbst innerhalb ihrer eigenen Partei mehren sich die Kritik an ihren Entscheidungen. Aber die traditionelle Unfähigkeit der Oppositionsparteien, auf lange Sicht hin eine Alternative zu Indira Gandhi und der gut organisierten, landesweit verbreiteten Congress-Party zu repräsentieren, läßt für viele indische Wähler Indira Gandhi und ihre seit 28 Jahren herrschende Congress-Party als das kleinere Übel erscheinen. Und die breite Unterstützung der Landbevölkerung, mit 80 % der Gesamtbevölkerung der überwiegende Teil Indiens, wird ihr und der Partei durch die überwiegend kongressfreundlichen Großgrundbesitzern gesichert, die die armen und landlosen Bauern völlig kontrollieren. Ebenso müssen spezifische Besonderheiten berücksichtigt werden: Gujerat war schon immer eine Hochburg rechtsstehender Parteien, und Morarji Desai verfügt dort über einen beträchtlichen Einfluß. Zudem wies die alte, korrupte Congress-Landesregierung einen Grad an Zerrissenheit auf, der die traditionelle Zerstrittenheit der Opposition noch überbot und den Rücktritt der Regierung weiter beschleunigte.

Die indische Opposition – mit Ausnahme der Kommunisten – sieht sich natürlich aufgrund des guten Wahlergebnisses in ihrer Position, bekräftigt und verschärft ihre Kritik an der Ministerpräsidentin, die einen Rücktritt strikt abgelehnt hat. Vier oppositionelle Parteien im indischen Parlament fordern den indischen Staatspräsidenten, F. A. Ahmed, in einem Schreiben auf, Indira Gandhi wegen des Gerichtsurteils aus dem Amt des Ministerpräsidenten zu entlassen. Ferner erklären sie, daß sie Frau Gandhi ab sofort nicht mehr als Ministerpräsidentin des Landes anerkennen werden. Auch die beiden großen indischen Tageszeitungen, „The Statesman“ und „Hindustan Times“ schließen sich der Forderung nach einem sofortigen Rücktritt Indira Gandhis an, während die konservative „Times of India“ das Land in einem Zustand drückender Sorge und Ungewißheit sieht. Nur Indira-freundliche Blätter wie „The Patriot“ und „National Herald“ heißen den Entschluß Indira Gandhis, nicht zurückzutreten, richtig.

14./15.6.75

Um der wachsenden Kritik der Opposition zu begegnen, wendet sich Indira Gandhi an die Öffentlichkeit und beteuert ihre Unschuld. Mit diesem offensiven Vorgehen versucht sie offenbar, die breite Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen, um damit dann ihren Verbleib im Amt zu rechtfertigen. Seit Donnerstag, dem Tag der Urteilsverkündung, finden sich dauernd Sympathisanten und Abordnungen der Congress-Party vor der Residenz der Premierministerin ein, um ihre Solidarität und Unterstützung für sie zu demonstrieren. Über die Anzahl der dort versammelten Personen gibt es recht widersprüchliche Meldungen: Während Le Monde (14.6.75;

15.6./16.6.75) von einem „ununterbrochenen Besucherstrom“ bzw. von „mehreren tausend Sympathisanten“ berichtet, spricht die FR vom 16.6.75 lediglich von 1500 Menschen, die sich am Wochenende vor dem Amtssitz eingefunden haben. Nach einer Meldung der SZ vom 16.6.75 hingegen sollen es nur zwischen 50 und 200 Personen sein, der Far Eastern Economic Review (27.7.75) meldet „Hunderte von Menschen“.

Unter geschickter Benützung demagogischer Tricks spricht Indira Gandhi mehrmals am Tage zu den vor ihrer Residenz Versammelten. Bezeichnenderweise redet sie fast nur in der Wir-Form, um ihre „Verbundenheit“ mit dem Volk, wie sie es nennt, glaubhaft auszudrücken und eine Identifikation der Zuhörer mit ihr und ihren Problemen herbeizuführen. „Wir setzen uns dafür ein, eine neue Gesellschaft zu schaffen. Wir werden weiterhin unser Ziel verfolgen, nämlich, die Armut zu vertreiben. Wir haben in der Vergangenheit zahlreichen Herausforderungen gegenüber bestanden, und wir werden ihnen weiterhin mit Mut entgegenzutreten.“ (Le Monde, 14.6.75)

Geschickt baut sie die reichen Länder und die Opposition als Sündenbock für die gegenwärtige Krise auf: Die Industriestaaten mißgönnten es, daß Indien groß und stark werde. Und die Opposition als deren Handlanger habe nur ein Ziel, nämlich, sie aus dem Amt zu drängen. Indira Gandhi bezeichnet das Gerichtsurteil von Allahabad indirekt als Ergebnis einer von außen gelenkten Verschwörung. Auch versäumt sie es nicht, an die patriotischen Gefühle der Versammelten zu appellieren, indem sie auf den „großartigen“ Sieg über Pakistan, den „Befreiungskampf von Bangladesh“ und die Zündung der Atombombe hinweist.

der populäre Gandhianer Jayaprakash Narayan (vgl. Chronik, Heft 40 und 43/44), fordern den unverzüglichen Rücktritt Indira Gandhis. Selbst einige Congress-Abgeordnete befürworteten ihren Rücktritt, obwohl Indira Gandhi an ihre Parteigänger appelliert hat, „der jüngsten Herausforderung mit Mut und Entschlossenheit“ zu begegnen. Denn sie befürchten eine starke Störung der Parlamentsarbeit, falls die von vier Oppositionsparteien nicht mehr als Ministerpräsidentin anerkannte Indira Gandhi weiterhin die Regierung leite.

### Vertrauensvotum der Congress Party

18.6.75

Obwohl die Parlamentsferien noch nicht zu Ende sind, werden mehr als 500 Congressparlamentarier zu einer Sondersitzung einberufen. In einem einstimmigen Votum sprechen sie Premierministerin Indira Gandhi ihr vollstes Vertrauen aus und fordern sie auf, im Amt zu bleiben. „Indira Gandhi symbolisiert das wiederwachsende Indien von heute und die Sehnsüchte des Volkes. Die Congress Party und die Nation brauchen ihre Führung und Leitung jetzt mehr als zuvor,“ heißt es unter anderem wörtlich in der Resolution. Der Parteivorsitzende Borooah erklärt: „Indien ist Indira und Indira ist Indien.“ (NZZ, 19.6.75)

Trotz der, wie es heißt, „lautstarken“ (Associated Press in NZZ, 19.6.75) Bewilligung der Resolution der 500 Parlamentarier, lassen vor allem zwei Dinge Zweifel aufkommen, ob denn dieser massive Vertrauensbeweis auch so echt ist, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Zum einen versäumte der Parteivorsitzen-



*Ich befinde mich hiermit für unschuldig*

Unterdessen sollen bereits Gespräche über einen möglichen Nachfolger Indira Gandhis im Amt des Regierungschefs in Gang gekommen sein (NZZ vom 16.6.75/ Spiegel, 16.6.75). Dabei stehen drei Männer zur Debatte, die als neuer Ministerpräsident in Frage kämen: Verteidigungsminister Swaran Singh, Landwirtschaftsminister Jagjivan Ram und Außenminister Chavan.

Immer mehr Oppositionelle, unter ihnen auch

de Borooah, nach Gegenstimmen zu fragen, zum anderen blieb in der Resolution die heikle Frage ausgeklammert, was geschehen soll, falls das Oberste Gericht im Berufungsverfahren das Gerichtsurteil von Allahabad bestätigen und damit die Entlassung Frau Gandhis aus ihrem Amt bewirken würde.

Mit der Verabschiedung dieser Resolution wird die persönliche Verurteilung der Ministerpräsidentin zu einem allgemeinen Problem der ge-

santen Congress-Party hochstilisiert. Für Indira Gandhi kommt das natürlich sehr gelegen, da sie mit ihrer raffiniert demagogischen Offensivstrategie die innenpolitische Krise zu verdecken und die immer stärker vorgetragene Forderung nach ihrem Rücktritt als eine böswillige Machenschaft der Opposition zu denunzieren versucht. In diesem Sinne erklärt Frau Gandhi auch vor der Versammlung: „Meine Handlungen hängen nicht von der Opposition ab, sondern von meiner eigenen Partei und dem Volk.“ (NZZ 19.6.75)

### Versuchte Massenmobilisierung schlägt fehl

20.6.75

Während bislang Indira Gandhi ihre Verteidigungsreden stets für eine kleine Menschengruppe von ihrem Amtssitz aus hielt, wendet sie sich jetzt an die Massen, die sich – von der Congress-Party hervorragend organisiert – beiderseits der Paradedstraße im Regierungsviertel von New Delhi versammelt haben. Die Meldungen über die Anzahl der Teilnehmer – wie schon

Hauptschuldigen der innenpolitischen Krise auf. Mit dieser Version aber betitelt Frau Gandhi die indische Justiz indirekt als Handlanger ausländischer Machenschaften. Trotz aller äußerer und innerer Bedrohung werde sie um ihr geliebtes Volk sich nicht einschüchtern lassen und weiterhin für Indien arbeiten. „Doch auch wenn man mich erledigt, wenn man mich auslöscht, zweifle ich nicht, daß das Volk dieses Landes meine Programme weiterführen wird.“ (NZZ, 21.6.75).

Doch die versammelten Massen spenden der Ministerpräsidentin recht spärlichen Beifall. Emotion ist nicht zu spüren, von einer Mobilisierung der Massen kann nicht die Rede sein. Ganz offensichtlich will Indira Gandhi diese Kundgebung als Druckmittel gegen das Oberste Gericht verwenden, das am kommenden Montag über ihren Revisionsantrag entscheiden wird. Sie will damit den Richtern beweisen, daß die indische Bevölkerung trotz des Urteils hinter ihr stehe, und sie im „nationalen Interesse“ im Amt bleiben müsse. Dieses Vorhaben scheitert jedoch kläglich.

So bleibt denn diese Kundgebung nichts viel anderes als der Beweis dafür, daß die Congress-Party nach wie vor eine gut funktionierende Organisation besitzt. Mit Flugzeugen, requirierten städtischen Omnibussen, Lastwagen und Privatautos sind die treuesten Anhänger der Partei aus allen Teilen Indiens zu dieser Kundgebung gebracht worden. In Delhi selbst erhalten Regierungsangestellte einen Tag frei. Trotzdem bleibt der erwartete Erfolg aus.

*Indira Gandhi kann vorläufig im Amt bleiben*

24.6.75

Das Oberste Gericht lehnt den Antrag Indira Gandhis ab, das Urteil von Allahabad völlig und bedingungslos bis zur endgültigen Entscheidung auszusetzen. Ferienrichter Krishna Iyar – das Gericht befindet sich bis 14. Juli in den Sommerferien – erklärt, die Ministerpräsidentin dürfe zwar weiterhin bis zum Abschluß des Berufungsverfahrens im Amt bleiben, doch ruhen bis dahin ihre parlamentarischen Rechte als Unterhausabgeordnete. Aufgrund dieser vorläufigen Entscheidung darf sich Frau Gandhi bis auf weiteres an Abstimmungen und Debatten im Parlament nicht beteiligen. Lediglich als Ministerpräsidentin kann sie vor dem Parlament sprechen. Die endgültige Entscheidung des Obersten Gerichts über den Berufungsantrag wird in frühestens zwei Monaten erwartet.

*Wachsender Widerstand der Opposition*

25.6.75

Die Reaktionen auf die Entscheidung des Obersten Gerichts sind sehr unterschiedlich. Während sich Anhänger Raj Narains, der das Verfahren gegen Indira Gandhi angestrengt hatte, sichtlich erfreut zeigen, sind die Sympathisanten von Frau Gandhi enttäuscht. Sie haben nämlich eine völlige Aussetzung des Urteils von Allahabad durch Richter K. Iyar erwartet, da er keineswegs als Gegner der Ministerpräsidentin bekannt ist, sondern als „progressiv“, d.h. regierungsfreundlich, gilt. Alle Minister der Congress-Landesregierungen und Kabinettsmitglie-



Eineinhalb Wochen nach den Landtagswahlen in Gujarat bildet die „Janata Front“, die Partei von C. Patel sowie 6 Unabhängige eine Regierungskoalition. Sie wird von Chefminister Babubhai Jashbhai Patel geführt und verfügt über 104 der insgesamt 182 Sitze. Die ehemals regierende Congress-Party bildet die Opposition (FEER, 27.7.75).

19.6.75

Indira Gandhi wird morgen, Freitag, beim Obersten Gericht in Delhi ihren Berufungsantrag einreichen. Ebenso will sie beantragen, die Rechtskraft des Urteils von Allahabad so lange auszusetzen, bis ein endgültiges Urteil vorliegt. Falls das Gericht diesem Antrag stattgibt, könnte Frau Gandhi bis zur endgültigen Entscheidung im Amt bleiben.

sehr oft – sind sehr widersprüchlich: Die deutsche Presseagentur (SZ, 21.6.75) registriert „knapp eine Million“, Reuter „500 000 Menschen“ (NZZ, 21./22.6.75), während der Korrespondent der SZ (SZ, 24.6.75) lediglich von 80 000 Menschen berichtet.

Im Rahmen einer gefühlsbetonten und theatralischen Straßenshow – ein Filmstar und Einpeitscher versuchen vergeblich die Zuhörer mit patriotischen Liedern und Parolen in Schwung zu bringen – spricht Indira Gandhi von Mordplänen der Opposition, die von ausländischen Mächten gelenkt werden. Schon seit fünf Jahren führten ihre politischen Gegner eine gezielte Kampagne gegen sie und ihre Politik. Taktisch sehr geschickt, greift sie die indische Justiz nicht direkt an, jedoch baut sie den CIA als

der geben erneut eine Loyalitätserklärung ab. (FEER, 27.6.75; NZZ, 26.6.75).

Dagegen kündigen die Oppositionsparteien, mit Ausnahme der prosovjatischen Kommunisten (CPI), auf einer Konferenz an, sie werden ab Sonntag Kampagnen des „bürgerlichen Gehorsams“ in ganz Indien durchführen, um die Ministerpräsidentin zum Rücktritt zu zwingen. Zunächst werde man eine Woche lang Massendemonstrationen veranstalten. (NZZ, 26.6.75; FEER, 4.7.75).

Am Abend des selben Tages wiederholt auf einer Protestkundgebung der 73-jährige Jayaprakash Narayan, Führer einer Massenbewegung im nördlichen Indien (vgl. Chronik, Heft 40 und 43/44), die Forderung nach einem sofortigen Rücktritt Frau Gandhis. Gleichzeitig ruft er vor den anwesenden 10 000 Menschen die Armee und Polizei des Landes auf, den Anweisungen der Ministerpräsidentin nicht mehr Folge zu leisten, da sie unrechtmäßig im Amt sei. (NZZ, SZ, FR, 27.6.75).

### Ausnahmerecht in Indien – Landesweite Verhaftungswelle

26.6.75

Nachdem der Versuch Indira Gandhis, mittels demagogischer Reden auf Versammlungen, über Funk und Fernsehen die indischen Massen hinter sich zu bringen, kläglich gescheitert ist, und der Widerstand der Opposition immer stärker geworden ist, geht Frau Gandhi zum offenen Kampf gegen ihre Opponenten über. In einer landesweiten Blitzaktion läßt sie einige hundert Vertreter der Opposition und andere Politiker durch die Geheimpolizei verhaften und an einen unbekannten Ort bringen. Nach Angaben von Augenzeugen ist die Polizei in den frühen Morgenstunden in zivilen Taxis zu den Privatwohnungen der zu Verhaftenden gefahren, um die Aktion möglichst unauffällig und schnell geschehen zu lassen. Die Festnahmen erfolgen auf der Grundlage des „Gesetzes zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit“ (MISA), demgemäß die Betroffenen bis zu sechs Monaten ohne jegliche gerichtliche Entscheidung festgehalten werden können (5).

Ein Sprecher der Regierung gibt im Laufe des Tages bekannt, daß insgesamt 676 Personen festgenommen worden seien (NZZ, 27.6.75). Welche Personen davon betroffen sind, wird nicht gesagt. Es kursieren jedoch Gerüchte, daß die Zahl der Verhafteten bei 3 500 Personen liege.

Unter den Opfern der Verhaftungswelle befinden sich bekannte Oppositionsführer wie Jayaprakash Narayan und Morarji Desai, die wohl gefährlichsten Gegner Indira Gandhis, Charan Singh, Führer der „Volkspartei“ (BLD) sowie Ashok Mehta, einer der alten Congress-Bosse, die 1969 von Indira Gandhi ausgebootet worden waren (NZZ, 27.7.75). Auch Raj Narain, der das Gerichtsverfahren gegen Frau Gandhi angestrengt hatte, befindet sich unter den Festgenommenen (FEER, 4.7.75). Doch die Verhaftungswelle erfaßt, außer der prosovjatischen CPI, auch linke Parteien, so den Führer der

Sozialisten, Samar Guha, und Jyoti Basu von der Kommunistischen Partei / Marxisten (CPM), die mit 25 Sitzen die stärkste Oppositionsfraktion im Parlament stellt (SZ, 27.6.75). Selbst innerhalb ihrer eigenen Congress-Party läßt Indira Gandhi unliebsame Kritiker verhaften. Zu ihnen zählen Raj Dhan, Geschäftsführer der Congress-Fraktion im Parlament, Chandra Shekar, Führer des linken Flügels der Partei, und der ehemalige Minister Mohan Dharia, der Anfang dieses Jahres zurücktreten mußte, weil er für einen Dialog mit dem Führer der Oppositionsbewegung, J. Narayan, eingetreten war. Alle drei hatten die Meinung vertreten, die Ministerpräsidentin müsse bis zur endgültigen Entscheidung des Obersten Gerichts zurücktreten. (FEER, 4.7.75; SZ, 30.7.75).

Erst nach Abschluß der nächtlichen Blitzaktion beauftragt Indira Gandhi den Staatspräsidenten F. A. Ahmed, den Ausnahmezustand über das ganze Land zu verhängen, der dann auch um 7 Uhr verkündet wird. Mit dieser Taktik hat sie es fertiggebracht, sowohl den Staatspräsidenten als auch das Kabinett vor vollendete Tatsachen zu stellen und eine nachträgliche Rechtfertigung für ihr Handeln zu erhalten.

Der vom Staatspräsidenten aufgrund äußerer oder innerer Bedrohungen proklamierte Ausnahmezustand hat zunächst nur eine Gültigkeit von zwei Monaten, kann aber vom Parlament auf unbestimmte Zeit verlängert werden. (die Congress-Party hat eine Zwei-Drittel-Mehrheit in beiden Häusern des Parlaments!) Unter dem Ausnahmezustand haben die Landesregierungen keine Machtbefugnisse mehr und sind in ihrer Arbeit lahmgelegt. Alle Gewalt geht von der Zentralregierung in Delhi aus, die mit Hilfe von Polizei und Armee Demonstrationen gewaltsam unterdrücken kann. Ebenso besteht ein Versammlungsverbot. Der ganze Polizeiapparat, der sich in der Vergangenheit durch große Brutalität und gleichzeitig durch Loyalität gegenüber der Regierung ausgezeichnet hat, wird in Alarmbereitschaft versetzt, um jederzeit zuschlagen zu können.

dem die Stromleitungen zu den Zeitungsbetrieben unterbrochen oder frischgedruckte Zeitungen einfach konfisziert werden.

Nur einer einzigen Lokalzeitung gelingt es, ihre Ausgabe an diesem Tag zu verkaufen (SZ/NZZ, 27.7.75). Die Telex- und Telefonverbindungen mit dem Ausland werden unterbrochen mit der Begründung, schwere Regenfälle und Überflutungen verhinderten ein Weiterverbinden der Telefonate (FR, 27.7.75). In Zukunft müssen alle Berichte, auch die der ausländischen Journalisten und Nachrichtenagenturen, einer staatlichen Zensurstelle vorgelegt werden. Von dieser Bestimmung sind lediglich nicht-politische Meldungen und offizielle Erklärungen der Regierung ausgenommen. Wie rigoros diese Pressezensur durchgeführt wird, läßt sich auch daran ermesen, daß der Herausgeber der Zeitung „Motherland“, K.R. Malkani, zu den Opfern der Verhaftungsaktion gehört. „Motherland“ ist das Sprachrohr der nationalistischen Hindu-Partei Jan Sangh und hatte bislang heftigste Kritik an Indira Gandhi geübt. (NZZ, 27.7.75; FEER., 4.7.75).

Noch am Donnerstagsmorgen hält Frau Gandhi eine Verteidigungsrede, die von dem staatlichen Rundfunksender „All India Radio“ und allen anderen Sendern übertragen wird. Wieder spricht sie von einer „Verschwörung der Opposition“ und der daraus entstandenen „Gefahr innerer Unruhen“. Die gegen sie gerichteten Demonstrationen und Rücktrittsforderungen wertet sie als Angriff auf das Amt des Ministerpräsidenten und auf die Demokratie. Es sei unwichtig, ob sie Regierungschefin bleibe oder nicht. Vielmehr gehe es um die Erhaltung der nationalen Integrität, um deren Willen die Verhaftungswelle notwendig gewesen sei. Sämtliche Vorwürfe, die gegen sie erhoben worden seien, seien nicht anderes als „falsche Behauptungen“. (NZZ, 27.7.75).

### Die Rolle des Militärs

Gleichzeitig ruft die Ministerpräsidentin die indische Armee zur Loyalität auf. Zwar liegen bislang keinerlei Informationen über die Hal-



Die Armut schaffe ich später ab

Als weitere Maßnahme wird eine totale Pressezensur eingeführt. Um die Nachricht von der nächtlichen Verhaftungswelle nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, werden die Herstellung von bzw. Verbreitung der Donnerstag-Zeitungen gewaltsam unterbunden, in-

tung der Streitkräfte vor, doch scheint die Möglichkeit eines direkten Eingreifens der Militärs unwahrscheinlich, zumindestens jedoch sehr gering. Es stimmt, daß dem Verhalten der Armee in der jetzigen Situation eine eminent wichtige Rolle zukommt, da ja die gesamte



Führung der Opposition, von den Kommunisten der CPM bis zu den reaktionären Nationalisten, im Gefängnis sitzt, und die Geheim- und Schutzpolizei eine verlässliche Stütze Frau Gandhis darstellen. Und die indische Armee, mit 950 000 Mann einer der größten Armeen der Welt, ist äußerst schlagkräftig. Sie verfügen über beste und modernste Waffen, die in den letzten Jahren verstärkt zur Niederschlagung von Streiks im Innern des Landes sowie bei Kriegen mit Nachbarländern (Pakistan, Bangla Desh 1971) eingesetzt werden (6). Theoretisch gesehen wäre also das indische Militär durchaus in der Lage, die strategisch wichtigen Stellen des Staates zu besetzen, Indira Gandhi und ihre Regierung auszuschalten und die Macht im Lande zu übernehmen.

Es gibt jedoch mehrere Faktoren, die darauf hindeuten, daß eine solche Entwicklung im Moment und in nächster Zeit kaum eintreten wird. Zunächst einmal ist die indische Armee schon von alters her ein Berufsheer, das in der Bevölkerung wenig verankert ist, und von daher nicht als Instrument eines erfolgreichen Widerstands durch das Volk zu betrachten ist. Es ist geradezu ein traditionelles Kennzeichen indischer Militärs, sich aus der Politik herauszuhalten. Generäle mit politischen Ambitionen sind in Indien noch nie hervorgetreten. Sie sehen ihre Aufgabe in militärischen Dingen und nicht in der Politik. So zeigten die indischen Streitkräfte bislang stets eine absolute Loyalität gegenüber jeder Regierung, auch deshalb, weil sie im Vergleich zur Masse eine privilegierte Stellung innehaben. In den letzten dreizehn Jahren, seit der demütigenden Niederlage gegen die Chinesen, wurden die Militärausgaben um das 7,5-fache gesteigert und betragen heute ca. ein Viertel des gesamten Haushalts (7). Den Wünschen des Militärs nach einer gut organisierten und gut ausgebildeten Armee mit modernen Waffen wird also trotz der schlechten wirtschaftlichen Situation in besonderer Weise nachgekommen, seitdem Indira Gandhi Ministerpräsidentin ist (seit 1966). Auch in Besoldungsfragen zeigt die Regierung größtes Entgegenkommen, während allgemein die Reallöhne sinken. Erst kürzlich wurde den Militärangehörigen eine Gehaltserhöhung zugesprochen. Angesichts dieser Privilegien steht das Militär der Politik von Frau Gandhi wohlwollend oder gleichgültig gegenüber. Von einer Unzufriedenheit oder gar breiten Opposition kann keine Rede sein.

Frau Gandhi weiß sehr wohl, warum sie die Streitkräfte so bevorzugt behandelt. Sie braucht deren Unterstützung, wenn es darum geht, Streiks und Demonstrationen der Bevölkerung gewaltsam und blutig zu zerschlagen (ein markantes Beispiel: der Eisenbahnerstreik 1974). Bei der herrschenden Hungersnot und den unbeschreibbaren Zuständen, unter denen die Masse der Bevölkerung leben muß, kommt es öfters zu großen Hungerrevolten und Protestbewegungen, so besonders im letzten Jahr in Gujerat und seit 1 1/2 Jahren in Bihar und den angrenzenden Bundesstaaten (Narayan-Bewegung). Die Armee besitzt nun die Funktion, die bestehende Ordnung zu sichern. Damit diese, für die herrschende Regierung und die mit ihr verbundenen gesell-

schaftlichen Gruppen lebenswichtige Funktion auch in Zukunft sicher gewährleistet ist, hat Indira Gandhi vier Wochen vor ihrem Staatsstreich einen ihr treu ergebenen Anhänger namens Raina als neuen Chef der indischen Armee eingesetzt. Und Staatspräsident F.A. Ahmed, der laut Verfassung den Oberbefehl über die Armee führt, zeichnet sich durch bedingungslose Treue gegenüber der Ministerpräsidentin aus. Bislang hat er stets alles ausgeführt, was Frau Gandhi von ihm verlangt hatte.

Wie unwahrscheinlich die Möglichkeit einer Machtübernahme durch die Militärs in Indien allgemein eingeschätzt wird, zeigt auch die völlige Vernachlässigung dieses Problems sowohl in der internationalen Presse als auch in der wissenschaftlichen Diskussion.

### *Die Verschwörungstheorie ist reine Demagogie*

Die von Frau Gandhi in ihrer Notstandsrede aufgestellte These von der Verschwörung reaktionärer Kreise offenbart eine Demagogie ohnegleichen. Allein schon wenn man die Liste der Verhafteten durchgeht, wird klar, daß die Verhaftungswelle keineswegs gegen reaktionäre Politiker gerichtet war, die angeblich den demokratischen Staat gefährdet haben. Sondern: Die nächtlichen Massenverhaftungen betrafen die gesamte parlamentarische und außerparlamentarische Opposition sowie Kritiker in Frau Gandhis eigener Congress-Party. Nur die prosojetische Kommunistische Partei (CPI) blieb unbehelligt. Dies verwundert auch gar nicht, weil die CPI sich in den letzten Jahren zu einem treuen Verbündeten Indira Gandhis entwickelt hat. In der Hoffnung, in der Zukunft einen Ministersessel ergattern zu können, heißen sie blindlings alle Entscheidungen der Ministerpräsidentin gut und schrecken sogar nicht davor zurück, die Regierung bei der gewaltsamen Unterdrückung von Demonstrationen und Hungerrevolten tatkräftig zu unterstützen.

Weder der populäre Jayaprakash Narayan noch Morarji Desai können der Reaktion zugerechnet werden. Der wahre Grund ihrer Verhaftung liegt darin begründet, daß sie öffentlich den Rücktritt Frau Gandhis gefordert haben und ein sehr hohes Ansehen und großen Einfluß besitzen. Besonders Narayan stellte für Indira Gandhi eine große Gefahr dar: Er war es, der am Vorabend der Verhaftungswelle Polizei und Armee aufforderte, illegalen und unmoralischen Befehlen der Regierung nicht Folge zu leisten. Er war zudem der Führer einer breiten Protestbewegung, die nach dem Urteil von Allahabad massiv an Stärke zugenommen hatte und, nach der Ankündigung der Opposition am Mittwoch, eine landesweite Kampagne des „bürgerlichen Ungehorsams“ durchführen zu wollen, zu einer echten Bedrohung für Indira Gandhi zu werden drohte. Denn diese Massenbewegung ist nicht erst aufgrund der Verurteilung Frau Gandhis wegen korrupter Wahlkampfpraktiken entstanden, sondern ist Ausdruck einer tiefen Unzufriedenheit der breiten Bevölkerung mit der Politik der Regierung. Das Urteil von Allahabad gab lediglich einen neuen Anstoß für die Protest-

bewegung, die schon fast 1 1/2 Jahre alt ist.

Seit den letzten Wahlen 1971, die Indira Gandhi und ihre Congress-Party mit ihrem Wahlruf „Vertreibt die Armut“ haushoch gewonnen hatte, hat sich die Situation des indischen Volkes drastisch verschlechtert. 63 % der Bevölkerung leben nach offizieller Statistik (!) unter der Armutsgrenze, die mit 75 Dollar pro Jahr festgesetzt ist (vgl. Chronik, Heft 43/44). Verheerende Hungersnöte, sinkende Nahrungsmittelproduktion (vgl. Chronik, Heft 41/42), horrenden Preissteigerungen bei den Grundnahrungsmitteln bis zu 100 %, Horden von Gütern und Schwarzmarktschiebereien – oft mit Duldung bzw. Beteiligung führender Congress-Mitglieder – und wachsende Arbeitslosigkeit ließen die ehemals überwältigende Popularität Indira Gandhis schwer absinken. Ihre Unfähigkeit (oder: Unwilligkeit?), die von ihr 1971 versprochenen Reformen zur Bekämpfung der Armut durchzuführen, wurde noch durch brutale Polizei- und Armeeeinsätze zur Unterdrückung des Widerstands abgesichert. Markante Beispiele dafür sind die Ereignisse in Gujerat und Bihar, wo ca. 200 Personen den Schüssen der Armee zum Opfer fielen. Trotz der wirtschaftlichen Dauerkrise wurde der Etat der Polizei in den letzten fünf Jahren verdoppelt, in den vergangenen 24 Jahren ist er sogar um das 52-fache angestiegen! (*Asian Survey*, Vol. 15, Nr. 2, Februar 75, S. 85 ff.).

Ebensowenig wie die Vertreter der Bürgerlichen Opposition gehören Samar Guha und der Führer der CPM, Basu, einer rechten Verschwörung an. Was aber am meisten zu denken gibt, sind die Verhaftungen verschiedener Congress-Mitglieder. Anscheinend ist sich Indira Gandhi nicht einmal mehr der Unterstützung der eigenen Partei sicher. Auffallend ist, daß alle Betroffenen sich für einen Rücktritt ihrer Parteichefin ausgesprochen hatten, bis das Oberste Gericht eine endgültige Entscheidung gefällt hat. Und in der Vergangenheit sind sie durch mehr oder weniger kritische Bemerkungen aufgefallen. Die Stellung Indira Gandhis in der Congress-Party war in der letzten Zeit nicht mehr so unangefochten wie einst. Ihr autoritärer Regierungsstil rief Unzufriedenheit bei einigen Parteigängern hervor, die natürlich nach dem Urteil von Allahabad und der vernichtenden Wahlniederlage in Gujerat noch zunahm. Ebenso konnten nun die beiden potentiellen Nachfolgekandidaten für Indira Gandhi, Landwirtschaftsminister J. Ram und Außenminister Y. Chavan, hoffen, schneller als erwartet das Amt des Ministerpräsidenten zu erlangen.

Trotz dieser innenpolitischen Lage verbreitet Indira Gandhi immer wieder ihre Verschwörungstheorie, für die allenfalls die nationalistische Jan Sang und ihre paramilitärische Organisation RSS (Rashtriya Svayamsevak Sangh) in Frage käme. Diese Demagogie ist denn auch nichts anderes als der bewußte Versuch, von den persönlichen Schwierigkeiten abzulenken und die Bevölkerung hinters Licht zu führen.

Mit ihrer Verhaftungsaktion hat Indira Gandhi den Staatsstreich in Indien vollzogen und die letzten Reste der bürgerlich-demokratischen Staatsform abgeschafft, die noch bestanden. Die

Fassade der „Demokratie“ und Rechtsstaatlichkeit ist zusammengebrochen. Indira Gandhi hat die Opposition – zumindest vorläufig – zerschlagen und sich zum Diktator erhoben.

Für Kenner indischer Verhältnisse kam dieser Schlag jedoch nicht allzu überraschend. Die Ereignisse der letzten Jahre deuteten direkt auf eine solche Entwicklung hin. Die wirtschaftliche Dauerkrise und die ständig zunehmende Verelendung der Masse der Bevölkerung ließ die Zahl der Streiks und Hungerrevolten mächtig ansteigen. Die Opposition formierte sich und kritisierte immer heftiger Indira Gandhi. Um dem Widerstand zu begegnen, setzte die Ministerpräsidentin skrupellos den Polizei- und Militärapparat ein, der mit beispielloser Brutalität zerschlug (8). Auf der Basis der beiden Notstandsgesetze MISA und DIR wurden unzählige politische Gegner und Gewerkschaftler ohne Haftbefehl und Gerichtsurteil inhaftiert, die revolutionären Naxaliten richtiggehend ausradiert. Nach Angaben von Amnesty International beträgt die Zahl der Politischen Gefangenen 25 000 (9). Seit dem Krieg mit Pakistan (Dezember 1971) sind diese Ausnahme Gesetze ohne Anlaß in Kraft. Wie man sieht, bestand in Indien schon seit einigen Jahren der Ausnahmezustand, wurde Opposition gewaltsam unterdrückt. Der jetzige Staatsstreich ist nur die letzte Station, der offene Vollzug dieser Entwicklung.

Weiterhin wurde die Justiz den Interessen Indira Gandhis und ihrer Congress-Party angepaßt. Nicht mehr fachliche Qualitäten waren für die Ernennung und Beförderung von Richtern ausschlaggebend, sondern, wie es offiziell genannt wird, „soziale Verpflichtung“ und „progressive Einstellung“ – Fähigkeiten, die nichts anderes als strikte Loyalität zur Regierungspartei bedeuten. Im Mai letzten Jahres setzte dann Indira Gandhi unter Umgehung des gültigen Anciennitätsprinzips den Verfassungsrichter Ajit Nath Ray als Obersten Richter des Landes ein, obwohl er erst auf Platz vier der Liste stand. Ray hatte sich aber vorher durch regierungsfreundliche Entscheidungen hervorgetan und ist ein treuer Anhänger Indira Gandhis.

Bei der Besetzung anderer hoher Staatsposten verfuhr Frau Gandhi in gleicher Weise. Der Armeechef Raina sowie Staatspräsident F.A. Ahmed sind beide bedingungslose Gefolgsleute der Premierministerin und wurden mit ihrer massiven Hilfe in die Ämter gehievt. In mehreren Bundesstaaten setzte sie kurzerhand unbequeme Landesregierungen ab und führte President's Rule ein, d.h. der betreffende Bundesstaat wurde direkt der Regierungsgewalt in Delhi unterstellt. Regierungskritische Zeitungen und Journalisten sahen sich einem ständig stärker werdenden Druck der Regierung angesetzt.

Eine Demokratie hat es in Indien noch nie gegeben. Demokratie war in Indien immer nur für die herrschenden Klassen da, sie war eine Art Spielwiese, auf der die Oberen Zehntausend ihre Querelen austragen konnten. Ihre Interessen und ihre Probleme hatten noch nie das geringste gemein mit dem Elend jener unzähligen Millionen Inder, die

auf dem Lande und in den Slums der Großstädte ein menschenunwürdiges Dasein führen müssen. Diese Menschen hatten und haben keine Zeit, sich um die Debatten und Entscheidungen des Parlaments in Delhi zu kümmern, weil sie nur ein Problem kennen: Wie bekomme ich morgen etwas zu essen. Die aus England importierte „demokratische“ Staatsform diente einzig und allein den Reichen des Landes. In diesem Sinne ist der Staatsstreich Indira Gandhis auch eine neuerliche Bankrotterklärung jener bürgerlicher Ideologen, die sich einbilden, eine kapitalistische Entwicklung im Rahmen einer aus Europa exportierten „Demokratie“ sei das einzig Richtige für die Länder der Dritten Welt.

Fortsetzung im nächsten Heft

jür

*So kommentiert die Süddeutsche Zeitung die Vorgänge in Indien*

27.6.75

## Indira zerstört des Vaters Erbe

VON IMMANUEL BIRNBAUM

Daß Indien mit seiner mehr als eine halbe Milliarde zählenden Bevölkerung wirtschaftlich trotz manchen Fortschritten langsamer aus Armut und Not aufstieg als sein asiatischer Widerpart China, ist unbestreitbar. Doch die Hemmnisse auf Indiens Weg zum Fortschritt erschienen auch kritischen Beobachtern aus dem Westen bisher zu einem guten Teil recht ehrenvoller Art zu sein. In China ist es eine kommunistische Diktatur, die das Volk zur Arbeit treibt und zu Konsumverzicht zwingt. Indien dagegen bewahrte die politischen Formen eines demokratischen Rechtsstaats mit Mehrparteiensystem, großer Freiheit des einzelnen und Kontrolle von Regierung und Behörden durch eine unabhängige Justiz. Indiens Anspruch, „die größte Demokratie der Erde“ zu bilden, war durch soziale Mängel manchmal verdunkelt, im Prinzip indes berechtigt. Das scheint jetzt, nach dem Staatsstreich von Ministerpräsidentin Indira Gandhi, nicht mehr gültig zu bleiben...

...Indiens Demokratie, wie sie Nehru in Anlehnung an britische Vorbilder und Erfahrungen der einheimischen Selbstverwaltung aufgebaut und mit zarten, manchmal zögernden Händen gelenkt hat, scheint von seiner weniger geduldischen und gröber zupackenden Tochter jetzt an den Rand des Zusammenbruchs geführt worden zu sein.

17.7.75

## Niedergang einer großen Demokratie

Anmerkungen:

\* Als Quellen für diesen Artikel dienten vor allem Neue Züricher Zeitung, Frankfurter

Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Le Monde und Far Eastern Economic Review (FEER). Bei Detailangaben und solchen Informationen, die nicht aus den oben genannten Quellen stammen, erfolgt eine gesonderte Kennzeichnung.

- 1) Die SSP (Samyukta Socialist Party, deutsch: Vereinigte Sozialistische Partei) gewann bei den Wahlen 1971 nur drei Sitze (1967: 23 Sitze) und existiert heute nicht mehr als selbständige Partei. Sie ist in der neuen, rechtsgerichteten „Indischen Volkspartei“ (BLD) aufgegangen, der – neben anderen ehemaligen Splitterparteien – auch die Großgrundbesitzerpartei „Bharaiya Kranti Dal“ (BKD) angehört. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie nichtssagend und auch irreführend Bezeichnungen wie „Sozialist“, „Sozialistische Partei“ in Indien sein können, und sollte den Leser zu größter Vorsicht bei der Beurteilung indischer, dem Namen nach linksstehender Parteien verpflichten. Ein Indischer „Sozialist“ wäre in Deutschland nicht selten den CDU-Sozialausschüssen zuzurechnen. Übrigens: Die herrschende Congress-Party schimpft sich offiziell auch „sozialistisch“. Ihr Parteiprogramm enthält echt sozialistische Thesen, die allerdings nie in die Praxis umgesetzt werden.
- 2) Wahlsymbole besitzen in Indien eine große Bedeutung, da 75 % der Bevölkerung Analphabeten sind. Schon 1971 wurde der Congress-Party vom Obersten Gericht das Recht aberkannt, ihr traditionelles Wahlsymbol, zwei Ochsen im Geschirr, im Wahlkampf zu benutzen.
- 3) Als Gegenleistung werden sie vom Staat geduldet und können in aller Ruhe ihre Schwarzmarktgeschäfte betreiben.
- 4) Vgl. dazu: E. Kulke, Indiras Wahlen, in: Internationales Asienforum, Heft 2, April 1971.
- 5) Dieses Gesetz, ebenso wie das „Gesetz zur Verteidigung Indiens“ (DIR), ist seit 3 1/2 Jahren in Kraft!
- 6) Vgl. dazu: H. Wulf, Informationen zur Ausrüstung, Heft 35, S. 51 ff.
- 7) H. Wulf, a.a.O., S. 52; Chronik, Heft 45.
- 8) Ein Beispiel: Bis Ende 1974 gab es schon mehr als 100 Tote, unzählige Verletzte und Inhaftierte in Bihar. Bihar ist das Zentrum der Narayan-Bewegung. (Asian Survey, Vol. 15, Nr. 2, Febr. 75, S. 85 ff.).
- 9) Vgl. dazu auch: Politische Gefangene, Heft 40.

Bestellstein  
für Freunde  
und Bekannte!  
siehe  
Rückseite!